

Bekanntmachung

Zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Bezeichnung	Stadt Königs Wusterhausen, Dezernat Bildung und digitale Verwaltung, Amt Verwaltungsmanagement, Sachgebiet Vergabe- und Vertragsmanagement
Postanschrift	Schlossstraße 3
Ort	15711 Königs Wusterhausen
Fax	+49 3375273-134
E-Mail	vergabe@stadt-kw.de

Zuschlag erteilende Stelle

die zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

Elektronisch über diese Vergabepattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YHWHAN7>
Postalische Angebote oder Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch über diese Vergabepattform: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YHWHAN7/documents>

Art und Umfang der Leistung

Die Stärkung des Stadtbusses soll als wesentlicher Baustein im Sinne der Verkehrswende in der Stadt Königs Wusterhausen wahrgenommen werden. Ziel ist es, die Attraktivität und das Image des Verkehrsträgers Bus zu stärken, damit dieser von den Fahrgästen noch stärker wahrgenommen wird. Dabei wird der Radverkehr als ein Partner des ÖPNV verstanden, die Ideen zum Stadtbus sollen eng mit der Radverkehrsplanung verknüpft werden.

Für die Stadt Königs Wusterhausen soll eine Konzeption für ein Stadtbusangebot erstellt werden. Die Erarbeitung erfolgt mit dem Ziel, das Konzept zeitnah in die nächste Nahverkehrsplanung des Landkreises Dahme-Spreewald ab 2026 einzubringen. Aufgrund der laufenden Planungsprozesse ist eine kurzfristige Erstellung bis spätestens zum 11/2026 besonders wichtig.

Das Konzept soll zentrale Anforderungen an ein zukunftsfähiges Stadtbussystem enthalten. Dazu gehört insbesondere die Berücksichtigung zusätzlicher innerstädtischer Direktverbindungen, die durch die Stärkung von Durchmesser- und Tangentialverbindungen realisiert werden sollen.

Ebenfalls zu integrieren ist die Verbesserung der Anbindung der peripheren Ortsteile, um eine gleichwertige Mobilitätsversorgung im gesamten Stadtgebiet sicherzustellen.

Weitere Inhalte des Konzepts sind die Taktverdichtung in den Nebenverkehrszeiten zur Verbesserung der Angebotsqualität außerhalb der Hauptzeiten sowie Maßnahmen zur Verkürzung der Anschlusszeiten am Bahnhof. Parallel dazu soll die Anschlusssicherheit zwischen Bus und Bahn ausdrücklich berücksichtigt werden, um verlässliche Umstiege zu gewährleisten. Die Maßnahme zielt somit auf eine Stärkung der interkommunalen Mobilität, eine bessere regionale Erreichbarkeit und eine nachhaltige Sicherung der Daseinsvorsorge für die Bevölkerung im gesamten Verflechtungsraum rund um Königs Wusterhausen. Zudem wird empfohlen, die Verbindungen zu Umlandgemeinden zu verbessern.

Haupterfüllungsort

Bezeichnung	Stadt Königs Wusterhausen
Postanschrift	Schlossstraße 3
Ort	15711 Königs Wusterhausen

Ausführungsfristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

2026-012-Ö: Stadt Königs Wusterhausen, Konzeption für ein bedarfsgerechtes Stadtbusangebot

VO: UVgO Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ausführungsbeginn: unverzüglich nach Auftragserteilung (voraussichtlich 05/2026)

- es sind ca. 6 Monate Bearbeitungszeit vorgesehen

Ausführungsende: spätestens bis Ende 11/2026

Zuschlagskriterien

Kriterium	Gewichtung
Konzept/Methodik	40%
Erfahrung/Kompetenz Projektteam	20%
Zeitplan/Organisation	20%
Honorar	20%

Weitere Informationen zu den Zuschlagskriterien:

Mit dem Angebot ist ein Bearbeitungskonzept u. a. mit der Beschreibung der Herangehensweise an die bedarfsgerechte Entwicklung eines Stadtbusangebotes sowie ein Zeit- und Ablaufplan einzureichen. Inhalt und Umfang des Konzepts ist in der Leistungsbeschreibung näher erläutert. Die Auftraggeberin bewertet, ob und in welchem Maße die Ausführungen und Darstellungen eine fachgerechte Erfüllung der Leistung zur Erstellung eines Stadtbuskonzeptes in der ausgeschriebenen Qualität und einen termingerechten Maßnahmeablauf erwarten lassen.

Darüber hinaus können auf Grund der Komplexität der Leistung nur erfahrene Bewerber berücksichtigt werden. Dabei ist es erforderlich, dass der Bewerber bereits über ausreichende Erfahrungen in den für den Auftrag relevanten Themengebieten verfügt.

Mindestkriterium Berufserfahrung der Projektleitung: Es ist eine mindestens 2-jährige Berufserfahrung der Projektleitung in einem Bereich, welcher mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar ist, nachzuweisen (Ausschlusskriterium).

Der Bieter hat zudem entsprechende Nachweise über die Projekterfahrung und Qualifikation des Projektteams im Rahmen der benannten Kompetenzbereiche einzureichen.

Dazu ist u. a. das Formblatt Leistungsverzeichnis und Bieterangaben inkl. der Nachweise der Qualifikationen und Referenzen des gesamten Projektteams vollständig auszufüllen bzw. einzureichen.

Einzelheiten zu den Bewertungspunkten und der Gewichtung finden Sie in den Vergabeunterlagen im Formular - Gewichtung der Zuschlagskriterien.

Nebenangebote

Nebenangebote werden nicht zugelassen.

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: **Nein**

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

siehe Sonstiges

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

siehe Sonstiges

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

siehe Sonstiges

Sonstige

2026-012-Ö: Stadt Königs Wusterhausen, Konzeption für ein bedarfsgerechtes Stadtbusangebot

VO: UVgO Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Der Bieter hat mit seinem Angebot alle Unterlagen, die im Formblatt "Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen" aufgeführt sind, vorzulegen.

Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- entweder die ausgefüllte "Eigenerklärung zur Eignung für Liefer-/Dienstleistungen" (Formblatt 124_LD - Eigenerklärung zur Eignung Liefer- / Dienstleistung - erhältlich in den beigegeführten Vergabeunterlagen)
- oder Angabe der PQ-Registrierungsnummer sowie Angabe der Zertifikatsnummer und des Zugriffs-codes
- oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Stattdessen kann der Nachweis auch durch Eintrag in einem amtlichen Verzeichnis (z.B. dem durch die Industrie- und Handelskammer eingerichteten PQ-Verzeichnis) oder durch Vorlage eines Zertifikates im Sinne der europäischen Zertifizierungsstandards geführt werden. Präqualifizierte Unternehmen haben mit Angabe ihrer PQ-Nummer darauf zu achten, dass hinterlegte Referenzen den auftragspezifischen Anforderungen genügen. Eine Nachforderung ist ausgeschlossen und führt zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren.

Mit dem VHB Formblatt 124 werden folgende Angaben bzw. Einzelnachweise nicht präqualifizierter Unternehmen gefordert:

- Erklärung zur Eintragung in das Berufsregister, ggf. mit entsprechender Bescheinigung (Gewerbebeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung bei der Industrie- und Handelskammer)
- Erklärung, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit in Frage stellt
- Erklärung zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft
- Erklärung über den Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen
- Mindestens 2 Referenznachweise zu Projekten mit vergleichbaren Anforderungen entsprechend den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung (VHB-Formblatt 124_LD) genannten Angaben. Vergleichbar sind die Leistungen, sofern sie die Erarbeitung von Verkehrsplänen, Nahverkehrsplänen, ÖPNV-Konzepten oder Stadtbusplänen bzw. Stadtbuskonzepten beinhalten. Die Projekte müssen abgeschlossen sein. (Mindestkriterium).
- Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation / rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan
- Erklärung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

Darüber hinaus sind u.a. folgenden Unterlagen vom Bieter mit dem Angebot vollständig vorzulegen:

- die unterzeichnete Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG)
- bei Nachunternehmern: Formblatt 233 "Verzeichnis Nachunternehmerleistungen"
- bei Bietergemeinschaft: Formblatt 234 "Bieter-/Arbeitsgemeinschaft"
- bei Beauftragung von Nachunternehmern/Eignungsleihe: Formblatt 235 "Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen"
- Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem EU-Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat des Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist oder bei nicht ausreichender Deckungssumme Zusicherung der Versicherung, dass die Deckungssumme im Auftragsfall angepasst wird. Deckungssumme für Personenschäden (je Versicherungsfall) 1.500.000,00 Euro, Deckungssumme für Sach- und Vermögensschäden (je Versicherungsfall) 250.000,00 Euro. Wird eine Berufshaftpflichtversicherung ohne ausreichende Deckungssumme und ohne Zusicherung der Versicherung eingereicht, wird das Angebot aus der Wertung ausgeschlossen.

- Konzept zum methodischen Vorgehen/Herangehensweise
- Benennung Projektteam (Darstellung Erfahrungen / Nachweis Qualifikationen/Zertifikate)
- Zeitplan / Organisation (Darstellung eines Zeit- und Ablaufplanes)

Auf Verlangen der Vergabestelle hat der Bieter u.a. folgende Unterlagen/Angaben vorzulegen:

- Formblatt 236 "Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen"
- die unterzeichnete Vereinbarung Bieter/Auftragnehmer/Nachunternehmer/Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmer oder Verleiher zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG)

2026-012-Ö: Stadt Königs Wusterhausen, Konzeption für ein bedarfsgerechtes Stadtbusangebot

VO: UVgO Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

- bei Unterauftragnehmer: Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung) oder Angabe der PQ Registrierungsnummer sowie Angabe der Zertifikatsnummer und des Zugriffscodes des weiteren Unternehmens
- Niederschrift und Verzeichnis über die Verpflichtung

Des Weiteren sind folgende Unterlagen mit Angebotsabgabe vollständig ausgefüllt einzureichen (werden nicht nachgefordert, das Fehlen dieser Unterlagen führt zum Ausschluss):

- ausgefülltes Formblatt VHB FB 633 - Angebotsschreiben
- Leistungsverzeichnis und Bieterangaben, Stand 20.03.2026

Wesentliche Zahlungsbedingungen

siehe Vergabeunterlagen

Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten

Keine

Etwaige zusätzliche Angaben über die Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und der Zugriffsmöglichkeit auf die Vergabeunterlagen.

Die Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen sind dem beigefügten Vordruck "Information nach EU-Datenschutz-Grundverordnung" zu entnehmen.

Schlusstermin für den Eingang der Angebote

20.04.2026 um 10:00 Uhr

Bindefrist des Angebots

19.05.2026

Zusätzliche Angaben

Vergabepattform ist der Vergabemarktplatz Brandenburg. Auskünfte werden ausschließlich auf in Textform eingereichte Fragen über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform erteilt.

Bitte beachten Sie, dass für die Kommunikation über die o. g. Online-Plattform eine Registrierung erforderlich ist. Eine Registrierung stellt weiterhin sicher, dass Bewerber/Bieter insbesondere über Änderungen in den Vergabeunterlagen und über Stellungnahmen zu eingehenden Fragen unverzüglich informiert werden. Sämtliche Informationen werden auf den Kommunikationsbereich der Vergabepattform hinterlegt und sind Teil der Vergabeunterlagen. Diese sind bei der Erstellung der Angebote zu berücksichtigen. Fragen sollten bis 6 Tage vor Angebotsöffnung eingereicht werden. Eine Frage gilt als zugegangen, wenn sie über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform eingestellt wurde.

Bewerber/Bieter, welche sich bei diesem Verfahren nicht registriert haben, weisen wir darauf hin, dass eine automatische Benachrichtigung von Änderungen, sonstige Informationen oder Nachsendungen nicht erfolgen. Dem Bewerber/Bieter obliegt die Pflicht der Informationsbeschaffung.

Elektronisch übermittelten Angebote müssen über die o.g. Vergabepattform eingereicht werden, andernfalls wird das Angebot ausgeschlossen. Es wird darauf hingewiesen, dass Angebote, welche über dem Kommunikationsbereich des Vergabemarktplatzes oder per E-Mail eingereicht werden, nicht berücksichtigt werden.

Die für die Vergabestelle zuständige Kommunalaufsichtsbehörde ist der Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald, als allgemeine untere Landesbehörde, Reutergasse 12 in 15907 Lübben (Spreewald).

Bekanntmachungs-ID: CXP9YHWHAN7